

Dr. Frank Blasch
Fraktionsvorsitzender
Telefon: 06196/655877
frank.blasch@cdu-bad-soden.de

Jan Willemsen
Fraktionsvorsitzender
Telefon: 0151/22654111
jan.willemsen@spd-bad-soden.de

25. September 2017

Pressemitteilung der CDU / SPD Koalition

Bürgerversammlung zu offenen Fragen bei Sinai II und III

In den vergangenen Monaten hat die Stadtverordnetenversammlung eine Reihe von Beschlüssen mit dem Ziel gefasst, auf den Arealen Sinai II und III die Grundlagen für Wohnbebauung und Gewerbeansiedlung zu schaffen. Dieses Vorhaben wurde bereits auf einer Bürgerinformationsveranstaltung am 21. Juni 2017 und einer Fragerunde mit den Fraktionen am 8. September 2017 behandelt. Beide Veranstaltungen haben großes Interesse und regen Diskussionsbedarf von Seiten der Bürgerschaft erkennen lassen.

Da es sich bei Sinai II und III um ein bedeutendes, die Zukunft Bad Sodens nachhaltig prägendes städtebauliches Projekt handelt, setzen sich CDU und SPD im Sinne der vorausschauenden Planung für eine weitere enge Beteiligung der Bürger ein. Die Koalition plädiert deshalb dafür, die nächste Bürgerversammlung, die turnusgemäß für den 22. November 2017 vorgesehen ist, dem Thema Sinai II und III zu widmen. Die beiden Fraktionen haben einen entsprechenden Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt, der in der Sitzung am 4. Oktober 2017 behandelt werden soll.

„Es hat sich gezeigt, dass es im Zuge der weiteren Entwicklungsschritte neuen bzw. weiteren Informationsbedarf gibt“, begründete der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Frank Blasch den Antrag der beiden Koalitionsfraktionen. Blasch wies darauf hin, dass das Format der Bürgerversammlung Fragen aus der Bürgerschaft ausdrücklich zulässt und diese erwünscht sind. „Wir als Koalition wollen, dass die Bürger umfassend die Möglichkeit haben, ihre Anregungen zu einer Beplanung von Sinai II und III zu äußern“, erklärte der SPD-Fraktionsvorsitzende Jan Willemsen. Die beiden Fraktionen befürworteten daher die Fortsetzung des Dialogs zu Sinai II und III über das Maß hinaus, das mit der Bürgerbeteiligung in einem regulären Bauleitverfahren ohnehin vorgesehen ist.